



Entwicklungspolitisches Aktionsprogramm für die Palästinensischen Gebiete

Stand: 23.04.2024

Die durch die Terrorangriffe der Hamas auf Israel ausgelöste Eskalation des Nahostkonflikts und die andauernde israelische Militäroperation im Gazastreifen erfordern eine Anpassung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit den Palästinensischen Gebieten und der MENA-Region („Middle East and North Africa“).

Deutschland engagiert sich entwicklungspolitisch in den Palästinensischen Gebieten, um:

1) bessere Lebensbedingungen und umfassende Entwicklungsperspektiven für die Menschen vor Ort zu schaffen sowie 2) zum Aufbau eines zukünftigen palästinensischen Staates mit leistungsfähigen Institutionen beizutragen im Sinne einer verhandelten Zweistaatenlösung. Die Bundesregierung betrachtet ihr Engagement in den Palästinensischen Gebieten sowohl als Ausdruck ihrer besonderen historischen Verantwortung gegenüber Israel, als auch als einen entscheidenden Beitrag zu einer Friedenslösung im Nahen Osten und damit der Stabilität in der gesamten MENA-Region.

Die Umsetzung der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit findet aktuell vor allem im Westjordanland und in Ost-Jerusalem statt. Laufende Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit im Gaza-Streifen, die über die akute Basisversorgung hinausgehen, sind derzeit nicht umsetzbar. Das betrifft insbesondere Projekte der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit und der privaten Träger. Die weitere inhaltliche Umsetzung der entwicklungspolitischen Projekte wird laufend an die Entwicklungen in den Palästinensischen Gebieten, an aktuelle Bedarfe und Handlungsspielräume angepasst.



Eine zentrale Aufgabe der Zukunft wird der Wiederaufbau des Gazastreifens sein. Das BMZ koordiniert sich eng innerhalb der Bundesregierung, mit der palästinensischen Seite, Israel, den arabischen Partnern sowie weiteren Entwicklungspartnern, wie USA, der EU und ihren Mitgliedsstaaten, um – sobald die Lage im Gazastreifen es zulässt – den Menschen ein Leben in Sicherheit und Würde zu ermöglichen.

Um auf die Auswirkungen der aktuellen Eskalation des Nahostkonflikts zu reagieren, setzt die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit den Palästinensischen Gebieten aktuell an folgenden vier Schwerpunkten an:

1. Initiative für Beschäftigung und Stabilität in den Palästinensischen Gebieten

Beschäftigungsförderung ist bereits seit vielen Jahren ein Schwerpunkt des BMZ in den Palästinensischen Gebieten. Seit dem 7. Oktober letzten Jahres hat sich die Arbeitslosigkeit im Westjordanland nahezu verdreifacht und liegt derzeit bei 40 Prozent. Das verschärft die ohnehin angespannte wirtschaftliche Lage der Menschen. Ein Grund sind weitgehende Einschränkungen für den Personen- und Warenverkehr, die Israel nach dem Terrorangriff der Hamas erlassen hat. Zudem wurden mehr als 170.000 Arbeitsgenehmigungen für Palästinenser*innen aus dem Westjordanland in Israel widerrufen. Deshalb wird das BMZ eine Initiative für Beschäftigung und Stabilität in den Palästinensischen Gebieten auf den Weg bringen. Damit sollen rund 25.000 neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden. Eine Säule ist die Auflage eines arbeitsintensiven Bauprogramms für soziale Infrastruktur. Eine weitere Säule ist die Schaffung von Arbeitsplätzen für Frauen und junge Menschen insbesondere in der Landwirtschaft und im IT-Sektor. Das BMZ wird ein breites Instrumentarium einsetzen. Geplant ist die Schaffung kurzfristiger Cash-for-Work Stellen, aber auch die gezielte Unterstützung von kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen, um längerfristige Jobs sicherzustellen. Dadurch leistet das BMZ im Verbund mit anderen Gebern



einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilisierung des Westjordanlandes und in Ost-Jerusalem.

2. **Leistungsfähige staatliche Strukturen auf kommunaler Ebene**

Die Versorgung der palästinensischen Bevölkerung mit Basisdienstleistungen wie Abfallentsorgung oder Straßeninstandhaltung erfolgt hauptsächlich auf kommunaler Ebene. Bürgermeister*innen und Gemeinderäte auf kommunaler Ebene sind durch die Lokalwahlen im Westjordanland - zuletzt im März 2022 - demokratisch legitimiert. Um Verwaltungsreformen auf lokaler Ebene zu stärken, investiert das BMZ neue Mittel in den nationalen Kommunalentwicklungsfonds (MDLF), der auch von anderen Gebern wie u.a. der Weltbank, Dänemark und Frankreich unterstützt wird. Aus dem rechtlich eigenständigen Fonds, welcher der Palästinensischen Behörde unterstellt ist, werden Investitionen in kommunale Infrastruktur finanziert. Bei den Investitionen wird zugleich darauf geachtet, dass Reformanreize für die Schaffung transparenter und effizienter Kommunalverwaltungen gesetzt werden. Die Stärkung der kommunalen Ebene geht Hand in Hand mit den Reformbemühungen der Palästinensischen Behörde (PA) auf nationaler Ebene. Dazu gehören Korruptionsbekämpfung, die Reform des Justizsystems und des öffentlichen Sektors.

3. **Brücken bauen durch Dialog mit der Zivilgesellschaft**

Das BMZ fördert in den Palästinensischen Gebieten und darüber hinaus sozialen Zusammenhalt, friedliche Konfliktbearbeitung und dialogorientierte zivile Friedensarbeit. Dem BMZ ist es wichtig, einen intensiven Dialog mit zivilgesellschaftlichen Partnern zu führen, um Haltungen besser zu verstehen und – wo möglich – verloren gegangenes Vertrauen zwischen Deutschland und der Region wiederaufzubauen. Die Förderung und Stärkung der Zivilgesellschaft ist ein wichtiger Pfeiler der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit den Palästinensischen Gebieten und in der



gesamten Region. Gleichzeitig ist die Zusammenarbeit Deutschlands mit zivilgesellschaftlichen Partnern in den Palästinensischen Gebieten weiterhin an klare Kriterien gebunden: Antisemitismus, Aufrufe zu Hass, Gewalt und Boykott gegen Israel sind Ausschlusskriterien für eine Förderung durch das BMZ.

4. **Stabilisierung der Region**

Durch ein klares Bekenntnis zu wichtigen entwicklungspolitischen Partnerschaften in der Region leisten wir einen Beitrag zur Stabilisierung der volatilen Lage in der Region. Dazu gehört beispielsweise die Partnerschaft mit dem einflussreichen regionalen Mittler Jordanien, aber auch mit Libanon als weiterem zentralem Aufnahmeland für Geflüchtete. Das BMZ unterstützt beide Länder dabei, die angeschlagene Wirtschaft zu stabilisieren, die zahlreichen Geflüchteten, etwa aus Syrien, zu versorgen und Perspektiven durch Grundbildung, Berufliche Bildung und Förderung der lokalen Wirtschaft zu schaffen. Zudem ist das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) maßgeblicher Akteur zur Unterstützung der insgesamt 5,9 Millionen registrierten UNRWA-Flüchtlinge in der gesamten Region, von denen 2,3 Millionen in Jordanien und rund 490.000 im Libanon leben. Das BMZ unterstützt UNRWA dabei, palästinensische Flüchtlinge zu versorgen, in Flüchtlingslagern Gesundheitszentren und Schulen zu betreiben, und wichtige Dienstleistungen wie die Trinkwasserversorgung und Müllbeseitigung bereitzustellen.